

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 Mk. eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Beile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Beilag von A. Breg. Druck von: E. A. S. Meißter & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover. Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Frieden.

Endlich ist er geworden, der Friede, ohne daß er Millionen von Menschen glücklich gemacht hätte. Am 10. Januar 1920, nachmittags 4 Uhr 15 Minuten, hat sich die Taube mit dem Zweig über die Länder und Völker erhoben. Daß ein in hohem Maße freizügiges Wesen, wie der Friede es ist, durch die fast sechsjährige Gefangenschaft schwer gelitten hat, ist nicht zum Erstaunen. Krank hat der Friede den Käfig verlassen, und er wird einer sehr sorgfältigen Pflege bedürfen, soll er wieder zu voller Gesundheit gelangen. Nur Männer und Frauen mit gesunder Veranlagung können durch ihre psychologische Einwirkung seine völlige Gesundung herbeiführen.

Frieden, Freiheit, Brot! Das war unser Ruf seit Jahren. Das erste Gut haben wir, die beiden letzten Güter aber nur in unvollkommenem Maße. Der Friede brachte uns nicht die Freiheit, die ein souveränes Volk braucht. Wir sind in unserer Bewegungsfreiheit stark behindert durch den Vertrag, den wir mit der Entente abgeschlossen haben, oder richtiger ausgedrückt, den wir abschließen mußten. Die uns auferlegten Beschränkungen sind teils militärischer, teils staatsrechtlicher Art und für ein geistig reges Volk wie das deutsche es ist, recht bedrückend. Daß es uns unter diesen Umständen schwer werden wird, unser täglich Brot für das Leibes Nahrung zu schaffen, unterliegt keinem Zweifel. Schon ohne diesen bedrückenden Frieden hätten wir zu kämpfen, um wieder auf die Höhe zu kommen, die wir in der Vorkriegszeit wirtschaftlich erklommen hatten. Um so mehr werden wir die Folgen einer vierjährigen Zerstörung aller Güter zu spüren bekommen, da wir ja nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und moralisch neu aufbauen müssen. Das würde uns alles nicht so schwer fallen, wäre die Arbeiterklasse unter sich einig und geschlossen. Aber leider sind wir nun gezwungen, ein Gut Teil unserer Kraft zu vergeuden nicht nur im Kampfe mit den wirtschaftlichen Gegnern, sondern auch im geistigen Ringen mit den eigenen Klammern. Zum Glück sind die Gewerkschaften nicht nur unverfehrt, sondern sogar gewaltig gestärkt aus dem Kriege resp. aus der Revolution hervorgegangen. Was uns an wirtschaftlicher und überhaupt an Einsicht in die Dinge alles Geschehens abgeht, müssen wir uns jetzt aneignen. Es zeigt sich nunmehr, weshalb die alten herrschenden Mächte in unserer Volksschulen so wenig geboten, weshalb sie uns den Aufstieg in geistiger Beziehung so sehr erschwert haben. Sie wußten: Eine intelligente, geistig hochstehende und deshalb auch in sich geschlossene Arbeiterklasse vermag unendlich viel. Es stände heute um die deutsche Republik und um die deutsche Arbeiterklasse besser, wären wir auf der Höhe gewesen. Hätten wir nicht in so vielen Fällen die mangelnde Einsicht in das komplizierte Staats- und Wirtschaftsgetriebe gezeigt und uns wiederholt die schwersten Blößen gegeben.

Nun gilt es vieles nachzuholen, von Grund aus aufzubauen. Die Einheitschule, das neue Schulsystem, will diesbezüglich an der Wurzel anfangen, nicht im Interesse des einzelnen, sondern im Interesse der Gesamtheit. Möge die Arbeiterklasse begreifen, daß es nun gilt, eine neue Menschheit heranzubilden, ausgerüstet mit dem Werkzeug nicht der Barbaren, sondern des Jahrhunderts. Möge sie diesen schönen Anfang zum Aufstieg nicht selbst zertrüben, im Keime ersticken, sie könnte es vor unserem Nachwuchs nicht verantworten. Gewiß, es wäre schöner und angenehmer, unsere Wünsche und Hoffnungen schon morgen erfüllt zu sehen. Aber die Entwicklung ist nun einmal ein recht hartnäckiges Ding, sie hat ihre historischen Gesetze, und ihre Sekunden zählen nach Jahren. Wir müssen schon — ob wir wollen oder nicht — geschichtlich denken lernen und unsere Handlungen entsprechend einrichten. Geschichtlich denken lernen kann man aber nicht lediglich aus der Betrachtung der heutigen Vorgänge, sondern aus der Geschichte selbst, aus dem Studium des Wandlungsprozesses von Jahrhunderten und Jahrtausenden. Wir müssen die Jetztzeit in Parallele stellen mit der Vergangenheit, nur dann wird es uns gelingen, richtige Schlüsse zu ziehen, um zu wissen, wie wir zu handeln haben.

Zwischen den zwei Begriffen „alles oder nichts“ gibt es noch ein Mittelstück, und das ist „das Mögliche“. Darauf, das heißt auf die Erreichung des in einer bestimmten Zeitepoche Möglichen und Erreichbaren, haben wir unsere Aktionen einzustellen, sonst lautet unsere Bilanz „Nichts“. Je länger wir uns dieser Einigkeit verschließen, desto mehr nähern wir uns dem Nichts. Das beste Beispiel hierfür ist das Verhalten unserer alldeutschen Katastrophenspolitiker. Sollen wir den Fehler nachmachen? Nein, wir sollen aus ihm lernen. * * *

Mit dem Friedensschluß wird nun endlich auch die Frage unserer Kriegsgefangenen ihrer Lösung entgegengeführt. In absehbarer Zeit werden sie wieder in der Heimat sein. Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Bräutigam sind dann von einer jahrelangen seelischen Qual erlöst. Möge die Zurückhaltung unserer Lieben der letzte Akt barbarischer Art gewesen sein, der unsere Kultur befleckt hat. Diese Freiheit entspringt reißt materiellen Interessen. Unter den Heimkehrenden werden sich auch viele Verbandskollegen befinden. Wir heißen sie herzlich willkommen in der trauten, aber ach so armen Heimat, die aus tausend Wunden blutet. Wir begrüßen sie als Verbandskollegen und als Kämpfer für unsere gute Sache. Sie werden wieder teilnehmen an den unblutigen Kämpfen in der Heimat, an den Kämpfen um das liebe Brot, um unsere wirtschaftliche Befreiung. Stück für Stück werden wir dem Gegner abringen, wie wir es seit

Jahrzehnten getan, wenn wir uns einig sind. Die zurückkehrenden Kollegen finden stark veränderte Verhältnisse vor. Als sie von uns mußten, war unser Kreis noch verhältnismäßig klein; heute werden sie ihre Zahlstelle als schlagkräftige Truppe wiederfinden. Der alte Geist der Furcht vor dem Unternehmer, dem „Brotgeber“, ist verschwunden. Freie Menschen stehen an ihrer Stelle. Zum Teil sind es noch dieselben, und doch sind sie nicht mehr dieselben. Die Kollegen aus der Gefangenschaft werden sich aber rasch in die

rein ziffermäßig eine möglichst hohe Stimmenzahl aufzubringen, sondern in vielschicht noch höherem Grade um die moralische Wirkung. Es kann ruhig gesagt werden, daß hier noch einmal um das Ansehen des ganzen deutschen Volkes gerungen wird. Zeigt sich bei dieser Abstimmung Klauheit und Gleichgültigkeit, so ist das für die Entente ein starker Beweis, daß sie dem deutschen Volke auch fernherhin alles bieten kann.

Aber die Abstimmung ist gerade für die Arbeiterklasse auch von eminent praktischer Bedeutung. Das gilt ganz besonders für die Gebiete, die eventuell dem neuen polnischen Staate zugeteilt werden sollen und ihm sicher zufallen, wenn die Abstimmung nicht eine überwältigende Majorität für Deutschland ergibt. Ein Uebergang dieser Gebiete an Polen bedeutet für die in diesen Gebieten ansässigen Arbeiter und Angehörigen einen Rückfall in wirtschaftliche und politische Zustände, wie sie dort vor fünfzig und mehr Jahren bestanden. Alle die sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften, die die Arbeiter in jahrzehntelangem opfervollem Kampfe errungen haben, sind verloren, wenn sie an Polen fallen. Wenn sich die Hunderttausende der Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Laufe der Zeit aus den östlichen Gebieten Deutschlands nach dem Westen abgemindert sind, der Ursachen erinnern, die sie einstmal nach dem Westen getrieben haben, und die damaligen Zustände mit den heutigen in ihrer Heimat vergleichen, dann haben sie einen Maßstab für das, was dort auf dem Spiele steht. Dann wissen sie, daß die Abtretung dieser Gebiete an Polen gleichbedeutend ist mit dem Verlust alles dessen, was die Gewerkschaften seit dieser Zeit auch im Osten errungen haben. Dabin sind dann die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Arbeiter im Osten heute so gut wie ihre Klassen-genossen im Westen sich erkämpft haben; vorbei ist es mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, das sie sich in ihren Tarifverträgen gesichert haben; keine Rede ist mehr von den Arbeiterentscheidungen, die gleichfalls die deutsche Arbeiterklasse durch ihren Kampf durchgesetzt hat; gänzlich in Frage gestellt sind die Errungenschaften der Arbeiterversicherung; vom Achtstundentag, gleichfalls eine Errungenschaft der Gewerkschaften, ist in Polen keine Rede mehr. Die aus politischen Gründen und Pfaffen bestehende polnische Regierung hat andere Sorgen, als sich um solche Dinge zu kümmern. Sie, die nur von Ententegebühren ihr Dasein tristet, hat nichts Besseres zu tun, als ein möglichst starkes stehendes Heer zu organisieren, um — als französische Mächte im Osten — einerseits die „unruhigen Deutschen“ in Schach zu halten, und zum anderen den Schutzmann gegenüber dem bolschewistischen Rußland zu spielen. Das bedeutet zugleich für die deutschen Arbeiter, die gegen ihren Willen polnische „Unterthanen“ werden, eine neue Gefährdung: die Wiederherstellung des Militarismus, den wir jedoch in Deutschland losgeworden sind. Der Uebertritt in die polnische Staatsangehörigkeit bedeutet auch für die davon betroffenen deutschen Arbeiter keine Erleichterung der Kriegslasten; denn Polen ist, was die räumliche Ausdehnung anbelangt, jaht noch gründlicher zerstört worden als die Kampfgebiete im Westen. Es muß also wiederaufgebaut werden, und zu den Kosten dieses Wiederaufbaues werden die neuen „Landeskinder“ in nicht minderem Maße herangezogen werden als die Polen selbst. Und da an der Spitze des polnischen Staatswesens keine vom Volke selbst gewählte Regierung steht, die jederzeit durch eine bessere, vollstündigere ersetzt werden kann, so ist damit zu rechnen, daß man im neuen Polen, genau wie im alten Deutschland, die schwersten Lasten auf die schwächsten Schultern legen wird. Und es ist leider zu befürchten, daß man dabei die deutschen Volksteile aus politischen Gründen womöglich noch besonders belästigen wird.

Also es handelt sich bei der Abstimmung um das Schicksal unserer weiterhin in den gefährdeten Gebieten verbleibenden deutschen Volksgenossen — aber es handelt sich letzten Endes auch um das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterklasse, das da entschieden wird.

Je größer die an das künftige Deutschland angrenzenden Gebiete sind, die sich einer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rückständigkeit erfreuen, um so mehr sind diese Errungenschaften auch in Deutschland selbst gefährdet. Also auch in dieser Hinsicht wird bei den Abstimmungen über das Schicksal nicht nur der direkt beteiligten Volksgenossen, sondern über das Schicksal des ganzen deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterklasse, entschieden. Daher sollte kein Arbeiter und keine Arbeiterin kein im Anstellungsverhältnis Befindlicher verjäumen, seine Pflicht bei der Abstimmung zu erfüllen.

Und die Gewerkschaften bzw. die Gewerkschaftsarbeitende sollten es sich zur Pflicht machen, alle Abstimmungsberechtigten zur Teilnahme an der Abstimmung zu veranlassen. * * *

Zur Abstimmung selbst ist das Folgende zu beachten: Abgestimmt wird:

In Schleswig: Zone 1, in den Kreisen Apprade, Gadersleben, Sonderburg, jerner im nördlichen Teile von Tondern und Fleckburg-Land; 2. Zone: Flensburg-Stadt und Tondern, Nordditscheel von Spjelm.

Dithmarschen: Kreise Alsenstein-Stadt und Land, Kappel, Otterode, Teile des Kreises Heidenburg.

Westpreußen: Kreise Marienburg östlich der Rogat, Marienwerder östlich der Weichsel, Koltenberg und Sühm.

Schlesien: Kreise Beuthen-Stadt und Land, Gleiwitz-Stadt, Loß-Gleiwitz, Großrathenitz, Zabrze, Rattowitz-Stadt und Land, Kojetz, Larnowitz, Krucburg, Leobschütz, Lublinitz, Oppeln-Stadt und Land, Pless, Ratibor-Stadt, Rosenbergr, Rybnitz, Teile von Namslau, Kerschicht und Ratibor-Land.

Außerdem im Rheinland die Kreise: Eupen und Malmedy.

Auskunft in allen auf die Abstimmung, die Beförderung nach den Abstimmungsgebieten usw. bezüglichem Fragen erteilt der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ in Berlin, KZ. 52, Schloß Bellevue, Fernsprecher Zentrum 422, 423, 424. In jüngeren befinden sich in Altona, Rathaus; Gelsenkirchen, Mühlenstr. 22; Düsseldorf, Zethenstr. 40; Frankfurt a. M., Glanburgstr. 89; Erietta, Kaverstr. 3; Leipzig-Schleuditz, Seiffenstr. 1; Stuttgart, Friedriehstr. 20, und Wilmgen, Ismaningerstr. 22.

Stimmberechtigt ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die am 1. Januar das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem betreffenden Abstimmungsgebiet geboren ist oder dort vor dem 1. Januar 1919 ihren Wohnsitz gehabt hat.

Für Schleswig muß der Wohnsitz für dort nicht Geborene bereits vor dem 1. Januar 1900 dort gewesen sein. Die Abstimmung hat zu erfolgen für alle, die außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnen, in der Gemeinde, in der sie geboren sind. Es empfiehlt sich dringend, Ausweispaß oder sonst zu beschaffen, soweit solche noch nicht vorhanden sind.

Aus

den Entente-Gefangenlagern erfolgt allmählich der Abtransport unserer Kriegsgefangenen. Unter ihnen befindet sich mancher unserer ehemaligen Kollegen. Wenn sie den heimischen Boden betreten, finden sie nicht nur andere politische Verhältnisse vor, sondern auch teilweise neue gewerkschaftliche Tätigkeitsgebiete und eine ihnen mitunter fremde Gedankenwelt, in

der

sie sich noch nicht zurechtfinden. Da ist es nun die Pflicht unserer Zahlstellenleitungen, den Heimgekehrten die Orientierung auf den neuen Gebieten zu erleichtern, ihnen die richtigen Wege zu weisen. Für die meisten der zurückgekehrten Kollegen war während ihrer

Gefangenschaft

jede Verbindung mit der Organisation abgeschnitten. Nunmehr sollen sie aufgesucht und zur Weiterführung ihrer Mitgliedschaft angehalten werden, damit sie vor materiellem Schaden bewahrt bleiben. Wohl keiner weiß die Weiterführung seiner Mitgliedschaft

zurück,

wenn er weiß, daß er sich die im Verande vor seiner Einziehung zum Heeresdienst erworbenen Rechte erhalten kann durch die Anmeldung zur Mitgliedschaft innerhalb vierzehn Tagen nach der Ankunft in der Heimat. Bei Einhaltung dieser Meldefrist werden die früher geleisteten Beiträge voll angerechnet.

neuen Verhältnisse hineinfinden, und wir sollen und wollen ihnen dabei behilflich sein. Zunächst sollen unsere Vertrauensleute und Funktionäre die Heimgekehrten der Organisation wieder zuführen, soweit sich die Betroffenen nicht bereits selbst wieder zur Mitgliedschaft angemeldet haben. Es muß ihnen alsbald bekanntgegeben werden, daß sie sich ihre alten erworbenen Rechte wahren, wenn sie sich innerhalb 14 Tagen nach ihrer Rückkehr wieder anmelden. Die Organisationsleitungen müssen alles tun, um die Heimgekehrten vor Nachteilen zu schützen. Solche würden sich aber ergeben bei zu spät erfolgter Wiederanmeldung, denn die geleisteten Beiträge kämen bei einem eventuellen Unterstützungsfalle nicht zur Verrechnung, falls die Anmeldefrist verjährt worden wäre. Es soll vermieden werden, daß diesbezüglich später Vorwürfe erhoben werden. Dann soll aber auch eine allgemeine Agitation unter den Zurückgekehrten einsetzen. Jeder einzelne kann hierbei behilflich sein, Mitglieder für den Verband zu werben. Die Gefahren der Maßregelung dieserhalb sind heute nicht mehr vorhanden. Wird die Agitation in kollegialer Weise betrieben, dann dürfte die Zeit nicht mehr allzufern sein, da es unorganisierte Arbeiter nicht mehr gibt.

Eine schwere Zeit steht nicht nur dem deutschen Volke, sondern in erster Linie der deutschen Arbeiterklasse bevor. Sie wird zu zeigen haben, ob sie ihr Verbandschiff glücklich durch die Riffe zu steuern vermag, daß es nicht zerfällt. Mehr ihre Klugheit als ihre Kraft wird sie gebrauchen müssen, um auf die offene See hinauszukommen, das heißt einer besseren Zukunft entgegen. Unsere Geduld wird manchmal auf eine harte Probe gestellt werden. Aber unser Talisman „Einigkeit“ wird uns vor Unfällen bewahren. Mit Hilfe der Einigkeit und Geschlossenheit werden wir Schlachten gewinnen im friedlichen Kampf.

Zur Volksabstimmung in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien.

In aller nächster Zeit schon steht ein Teil der deutschen Volksgenossen, und zwar alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, die in den betreffenden Gebieten geboren sind, vor einer Abstimmung, wie sie bedeutungsvoller und folgereicher noch nie im Leben eines Volkes stattgefunden hat. Es handelt sich bei dieser Abstimmung um nicht mehr und nicht weniger, als um die Frage, ob die in Betracht kommenden Gebiete deutsch bleiben oder an andere Staaten abgetreten werden sollen. Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, auf die allgemeine politische Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung hinzuweisen. Nur soweit sei in dieser Hinsicht gesagt, daß es sich dabei nicht bloß darum handelt,

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Zentral-Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie.

Am 5. Januar 1920 lag folgender Fall zur Verhandlung vor: Die Reichsstickstoffwerke Piefertich hatten gegen die Einreichung in die I. Klasse des Lohnstarifes der Sektion V b Einpruch erhoben und um Fällung eines Spruches der Zentralinstanz ersucht. Folgender Spruch wurde gefällt:

Die Sektion V b des Arbeitgeber-Verbandes der chemischen Industrie Deutschlands hat in der Lohnstreitfrage der Reichsstickstoffwerke Piefertich den Schiedsrichter des Zentralauschusses der Reichsarbeitsgemeinschaft angefordert.

Bei den Verhandlungen zur Festlegung der Lohnklassen für das Reichsstickstoffwerk Piefertich wurde von der Tarifkommission des Bezirkes das Reichsstickstoffwerk Piefertich in die Lohnklasse I eingeordnet. Dagegen hat die Bezirksleitung beim Bezirks-Schlichtungsausschuß Einpruch erhoben. Der Bezirks-Schlichtungsausschuß hat in seiner Verhandlung am 20. Dezember 1919 diesen Einpruch zurückgewiesen und das Reichsstickstoffwerk Piefertich in der I. Lohnklasse belassen, unter gleichzeitiger Festlegung der sogenannten Zuschläge für Hitze, Staub und dergleichen.

Gegen diesen Schiedsspruch hat die Bezirksleitung durch den Arbeitgeber-Verband Einpruch erhoben und die Entscheidung des Zentral-Schlichtungsausschusses der Reichsarbeitsgemeinschaft angefordert.

Der Zentral-Schlichtungsausschuß kam, nachdem beide Parteien Gelegenheit hatten, ihre Ansichten eingehend zu vertreten, einstimmig zu der Entscheidung, daß keinerlei Gründe vorliegen, den Schiedsspruch des Bezirks-Schlichtungsausschusses irgendwie abzuändern.

Bericht der Tarifberatungskommission für die chemische Industrie, Sektion VI.

Die Kommission tagte am 3. Januar 1920 in Mannheim, mit der Tagesordnung: Aufstellung eines Tarifvertragsentwurfes.

Beteiligt waren die Organisationen der Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Buchdrucker, Maler, Maschinisten und Heizer, Seiler, Zimmerer, Graphiker, Metallarbeiter, Graphiker, Fabrikarbeiter und Graphik-Darsteller, Gewerbetreibende.

General-Kollege Schreiber eröffnete die Beratung mit einem Rückblick auf den alten Zentraltarif und begründete die Ursachen, die zur Einführung des alten Tarifs führten. Auch gab er die Gründe zu einem neuen Tarifentwurf bekannt, ebenso eine Resolution Mannheim betreffs einer Lohnsteigerung für den Monat Januar.

Kollege Haupt, Agitationsleiter der chemischen Industrie, machte längere Ausführungen über den Zustand der Arbeitsgemeinschaft Chemiker. Über die Lohnverhältnisse sprach er eine längere Debatte, da die Meinung vorhanden war, außer vier Klassen wie bisher, nur drei Klassen zu beantragen.

Kollege Schreiber macht darauf aufmerksam, daß sich die Dreiklassenregelung nach den örtlichen Verhältnissen richten müsse, und da wäre es vorzuziehen, einen Ort in eine Lohnklasse herabzubringen, wenn die allgemeinen Verhältnisse dieses Ortes nicht entsprechend sind. Die jetzigen Tarife werden durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses zurückgewiesen. Wenn Betrieb, der in der vierten Lohnklasse war, ist durch Einführung von Zuschlägen der Lohn erhöht worden.

Die Kollegen Seiler und Seiler sind für Beibehaltung der vier Klassen. Siegel ist sogar dafür, daß die einzelnen Orte für sich vorzugehen müssen.

Kollege Fröhlig meint, daß eine Verkürzung der Verhältnisse besteht; es würden auch die großen Lohnunterschiede von weiter herabgezogen werden, und deshalb ist es nicht möglich, in ganz kurzer Zeit alle Orte in einen einzigen Rahmen zu bringen; würde es aber gemacht, so würde es nur auf Kosten der ersten Klasse geschehen.

Kollege Schreiber: Das verlangen, daß die einzelnen Orte für sich vorzugehen müssen, müßte zurückgewiesen werden, das ist keine Soldatensache; nur gemeinsame Arbeit kann zum Ziele führen.

Der Antrag, Einführung von drei Lohnklassen, wurde gegen die Stimme des Majoritätsblocks abgelehnt.

Es folgte nun die Aufstellung der zu fordernden Löhne. Dazu liegt die Tabelle beiliegend bei.

Kollege Schreiber führt eine Berechnung an, nach der eine Familie von drei Köpfen eine monatliche Einnahme von 900 Mark haben muß, um zu existieren zu können.

Es werden folgende Lohnsätze beschlossen: monatlich 1. Kl. 3,00, 2. Kl. 3,50, 3. Kl. 4,00, 4. Kl. 5,10, wöchentlich 1. Kl. 2,10, 2. Kl. 2,20, 3. Kl. 2,00, 4. Kl. 1,80.

Kollege Schreiber gibt bekannt, daß unter den Unternehmern Beschwerden über diesen Entschluß, worauf auch innerhalb der drei Lohnklassen eingeworfen werden sollen; es ist deshalb anzunehmen, die vorgeschlagenen Löhne als Mindestsätze zu betrachten.

Die Lohnunterschiede werden wie folgt festgelegt: 1. Kl. 4,30, 2. Kl. 4,00, 3. Kl. 3,70, 4. Kl. 3,50 Kl. 5. Gehaltssteigerung erhalten 10 % weniger.

Ein weiterer Antrag wurde abgelehnt, daß die Arbeiter außerhalb des Betriebes bleiben sollen, und die Verhältnisse soll nach den Reichstufen gelöst werden.

Kollege Haupt macht bekannt, daß niemals die Maschinen und Heizer ihre Lohnforderungen anfordern aus der Furcht vor Zurückfallen der Einführung der Klassen. Das müßte in Zukunft verhindert werden.

Der Antrag, die Lohnklasse um 2 Kl. zu erhöhen, wird abgelehnt. Die Lohnklasse um 1 Kl. angenommen.

Kollege Haupt erklärt, daß die Bedingungen in den Betrieben geregelt werden, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Ein weiterer Antrag, daß der Gehalt der Arbeiter nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden soll, wird abgelehnt, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Es wurde beschlossen, daß die Tarifberatungskommission eine Vermittlung herbeiführen soll.

Der Antrag, die Lohnklassen um 2 Kl. zu erhöhen, wird abgelehnt. Die Lohnklasse um 1 Kl. angenommen.

Kollege Haupt erklärt, daß die Bedingungen in den Betrieben geregelt werden, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Ein weiterer Antrag, daß der Gehalt der Arbeiter nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden soll, wird abgelehnt, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Es wurde beschlossen, daß die Tarifberatungskommission eine Vermittlung herbeiführen soll.

Kollege Haupt erklärt, daß die Bedingungen in den Betrieben geregelt werden, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Ein weiterer Antrag, daß der Gehalt der Arbeiter nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden soll, wird abgelehnt, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Es wurde beschlossen, daß die Tarifberatungskommission eine Vermittlung herbeiführen soll.

Kollege Haupt erklärt, daß die Bedingungen in den Betrieben geregelt werden, da es nicht möglich ist, durch allgemeine Maßnahmen irgendwelche Verbesserungen zu erreichen.

Börsen zur Verteilung, wozu Kollege Börsen wichtige Abgabe gegeben hätte

Kollege Herringer stellt diese Sache richtig, wonach die Verteilung der Minderheiten nicht einseitig

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Zusammenarbeit mit den Christlichen noch möglich sei

Kollege Schreiber bittet diese Frage vorläufig auf sich beruhen zu lassen, aber in Zukunft soll jeder diese Beschäftigten besser kennen lassen

Es sei doch bekannt, daß die Christlichen, weil sie wenig zu verantworten haben, in Verhandlungen usw. recht radikale Forderungen stellen, und jeder lassen sich unsere Mitglieder oft damit einfangen

Kollege Haupt gibt eine ganze Reihe solcher Maschinen bekannt, wie die Christlichen arbeiten, unter anderem behaupten sie, ihre Organisation könne diese Interessen der Arbeiter besser vertreten als unsere, weil ihr Verband Berufsorganisation sei, unsere aber keine

Bei der Nachmittagsberatung waren von der Sektion VI der chemischen Industrie 64 Kollegen anwesend. Außer den am 3. Januar anwesenden Verbänden sind noch die Buchdrucker, Holzarbeiter und Eisenarbeiter vertreten.

Kollege Schreiber gab die Resolution vom 14. Dezember bekannt, wonach Änderungen des Tarifs genötigt wurden. Sollten die Unternehmer nicht darauf eingehen, soll der Tarif als gekündigt gelten.

Es ist dies auch gekündigt, weil es doch besser ist, wenn überhaupt größere Änderungen sich nötig machen. Mannheim hat einen Antrag auf eine Lohnsteigerung eingebracht, ebenso ist dieses vom Metallarbeiterverband und Gewerbetreibenden gegeben.

Ueber den ausgearbeiteten Lohnstarif wurde zuerst in eine Generaldebatte eingetreten.

Die Buchdrucker und das graphische Gewerbe verlangen erhöhten Lohn, weil sie schon seit Monaten nicht dem Reichstarif entsprechend bezahlt worden sind.

Die Steinarbeiter, Maler und Tischler wollen als Vertragskontrahenten gelten. Die Mangierer, Fäbber und Zugsführer der Bahnen wollen als Hilfsarbeiter bezahlt sein.

Machlen (Karlstraße) will Karlsruhe in die 1. Lohnklasse versetzt wissen.

Kollege Jured warnt, daß so viele kleine Gewerkschaften als Vertragskontrahenten auftreten. Der letzte Abschluß habe schon 14 Tage beantragt, jetzt würde es noch länger dauern. Ebenso soll eine Vermittlung herbeiführen.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung über den Tarifentwurf. Ziffer 1 bleibt bestehen, 2 und 3 wird angenommen, c) Handwerkerlöhne, Buchdrucker- und Eisenarbeiterlöhne werden angenommen. E. Antrag 5-tägiger Arbeiter unter 21 Jahren sollen als Heizer nicht bemerkt werden, wird angenommen. Sachverständige werden betrieblich geregelt. Punkte 6, 7, 8 und 9 werden angenommen.

Die angeführten Lohnsätze werden ebenfalls angenommen. Die Lohnsteigerung werden gutgehen. Die Verhandlungsteilnehmer werden am 10. erhöht.

Damit war die Tagung erledigt.

A. Fröhlig.

Papier-Industrie

Caylor der Retter?

Der von sämtlichen Volkswirtschaftlern bekundete Wille, das deutsche Wirtschaftsleben wieder zu heben, die Leistungsfähigkeit der Industrie der Friedensproduktion schrittweise näher zu bringen, findet auch in den Kreisen der organisierten Arbeiterchaft immer mehr Verständnis. Mit der Verbesserung der Ernährungsweise der Arbeiterchaft macht sich auch eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit wieder bemerkbar, soweit diese durch die mangelhafte Beschaffenheit der maschinellen und technischen Einrichtungen der Betriebe nicht künstlich herabgedrückt wird. Tatsächlich ist in vielen Betrieben die Leistungsfähigkeit der Arbeiterchaft auf die alte Höhe vor dem Kriege wieder gestiegen. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Steigerung der Produktion noch manche Schwierigkeiten zu überwinden hat, ehe die Gesamtzeugung der Friedenszeit wieder erreicht ist.

Diese Schwierigkeiten glauben nun einige industrielle „Wissenschaftler“ mit der Einführung des herkömmlichen amerikanischen Caylor-Systems zu erreichen. Recht gut wissend, daß dieses System bei der deutschen Arbeiterchaft in tiefem Mißtrauen steht, versuchen einzelne der Herren, es der Arbeiterchaft schmackhafter zu machen. Zu jenen Herren gehört zweifellos der Obergeringieur R. A. Weniger, d.i. Papiermacher aus Stuttgart, der in Nr. 52 des „Wochenblatts“, Jahrgang 1919, unter der Überschrift: „Zur Aufklärung über das Caylor-System“ versucht, für diese Arbeitsmethode Propaganda zu machen. Als Vorbild für die deutsche Arbeiterchaft muß Rußland herhalten. Wörtlich schreibt Herr Weniger:

„Um das bisherige Resultat zum voraus etwas abzumildern, möchte ich erwähnen, daß kein geringerer als Lenin, der ja gerade die Bezeichnung vom Kapitalismus auf seine Fahnen geschrieben hat, in seinem neuesten Werke „Die Aufgaben der Sowjet-Republik“ als alleiniges Hilfsmittel zur Organisation der Arbeit in Rußland das Caylor-System vor schlägt. Es ist außer Zweifel, daß eine Erhöhung der Leistung und eine Verbesserung der Arbeitsverfahren durch das Caylor-System erzielt wurden.“

Allgemein ist man in den Kreisen des Herrn Obergeringieurs von den Regierungsmaßnahmen Lenins recht wenig entzückt, darum auch der Kampf dieser Herrschaften gegen den russischen Bolschewismus. Da aber die von Lenin zur Wiederaufrichtung der völlig zerstörten russischen Industrie angeblich empfohlene Arbeitsmethode nach dem System Caylor auch verschiedenen deutschen Kapitalisten in den Kram paßt, wird auf einmal der sonst so berüchtigte russische Oberrevolutionär der deutschen Arbeiterchaft als leuchtendes Beispiel vor Augen geführt. Wir können trotz alledem versichern, daß die deutsche Arbeiterchaft in ihrer Mehrheit auf diese amerikanisch-russische Arbeitsweise verzichtet.

Nach Weniger sollen zu den Grundforderungen einer geordneten Wirtschaftspolitik folgende drei Punkte gehören:

1. Der Arbeiter soll gut und auskömmlich entlohnt werden.
2. Der Unternehmer soll so viel verdienen, daß sein Gewinn eine angemessene Verzinsung seines Kapitals erreichen läßt.
3. Der Wirtschaftspolit soll dabei so leistungsfähig und konkurrenzfähig gehalten werden, daß er beiden, dem Arbeiter und dem Unternehmer, von jenem Ueberschuß abgeben kann.

Selbstverständlich soll der Ueberschuß an Gewinn, der durch das Caylor-System erzielt wird, fast ausschließlich dem Unternehmer zugute kommen. Der Arbeiter soll zwar einen auskömmlichen Lohn erhalten, dafür aber dem Caylor-System seine Gesundheit opfern. Die Ausbeutung der Arbeiter soll mittels der Stoppuhr so „wissenschaftlich“ betrieben werden, daß nur wirklich kräftige und leistungsfähige Arbeiter diese Arbeitsweise auf eine längere Reihe von Jahren ausüben. Die älteren und gesundheitlich nicht besonders gut beschaffenen Arbeiter werden aus dem Produktionsprozess immer mehr ausgeschlossen und als Lohnbrüder auf dem Arbeitsmarkt verbleiben.

Nach Obergeringieur Weniger beruht die wissenschaftliche Grundlage des Caylor-Systems auf folgenden Voraussetzungen:

1. Die Arbeiten müssen rationell und billig ausgeführt werden.
2. Die Arbeit muß spezialisiert und von denjenigen ausgeführt werden, die sich hierzu am besten eignen.
3. Sämtliche Hilfsmittel, Werkzeuge, Maschinen und Gerätschaften müssen vollständig und systematisch ausgenutzt werden.

Durch Erfindung und Aufstellung neuer Spezialmaschinen, durch genaue Kalkulation der einzelnen Handgriffe des Arbeiters soll das Höchstmaß der Arbeitsleistung herausgefunden werden und dieses Höchstmaß dann als Grad der Leistungsfähigkeit für alle Arbeiter dieser Arbeitsverrichtung gelten. Um diese Höchstleistungsfähigkeit festzustellen, bedarf es fein berechneter Kontrollmaßnahmen. Weniger schreibt hierzu:

„Es ist ohne weiteres klar, daß zur Durchführung des Caylor-Systems im Betriebe vom Betriebs- und Termin-Bureau und der Werkstattkalkulation aus alle Zeitstudien, Ausarbeitung der Arbeitspläne, Festlegung der Afforde usw. in vollendetester und lückenloser Form herausgegeben werden, wozu ein enges Zusammenarbeiten mit dem Vertriebsbureau vorauszugehen hat, sollen doch die Verordnungen bereits fertig sein, wenn die eigentlichen produktiven Arbeiten im Betriebe beginnen.“

Ehe diese Kalkulations- und wissenschaftliche Ausbeutungsmethode vervollständigt werden kann, bedarf es einer genauen Kontrolle der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters. Auch über diese Kontrolle gibt uns Weniger einige Aufklärung:

Wir haben an dem Beispiel der Japanerier gesehen, daß Taylor die Arbeitszeit kontrolliert mit Hilfe einer Stoppuhr. Das ist nun keine kleine Aufgabe, namentlich wenn man berücksichtigt, daß hunderte, ja tausende von Bewegungen zu beobachten sind, um ihre Zeitdauer zu bestimmen, und daß Irrtümer bei komplizierten Untersuchungen sich leicht einschleichen können. Zur Befestigung dieser maßvollen Arbeiten erfindet ein Schüler Taylors, ebenfalls ein Amerikaner, Frank B. Gilbreth, ein neues Verfahren, bei welchem er einen Kinematographen mit einer besonders konstruierten Uhr, einem sogenannten Chronometer, in Verbindung brachte. Auf diese Weise sind alle aufeinanderfolgenden Arbeiten bei der kleinsten Bewegung aus den Bildern ersichtlich, und der Chronometer weist genau nach, wieviel Zeit zu den einzelnen Bewegungen gebraucht wurde. Die Filme werden dann zu Bewegungsstudien zusammengesetzt und die Normalzeit für die einzelnen Bewegungen ausfindig gemacht.“

Selbstverständlich werden diese „Wissenschaftler“ Taylor'scher Richtung zu diesen Experimenten sich die kräftigsten und gewandtesten Arbeiter aussuchen. Ja, es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sich mit der Zeit auch auf diesem Gebiete sogenannte Spezialisten herausbilden, die als „wissenschaftliche“ Versuchstiere stets zur Berechnung der „Normalleistungsfähigkeit“ herangezogen werden. Diese Normalleistungsfähigkeit bildet dann die Grundlage zur Affordberechnung, bei der die beteiligten Arbeiter kein Mitbestimmungsrecht haben, weil ja diese „Afforde“ in vollendetester und lückenloser Form herausgegeben werden sollen.

Wenn Obergeringieur Weniger behauptet: „Im Grunde genommen ist das Caylor-System also kein Lohnsystem, wie es die Arbeiter irrtümlicherweise glauben, sondern ein Wirtschaftssystem, d. h. es müssen vor seiner Einführung die nötigen wissenschaftlichen Grundlagen geschaffen werden“, so geben wir zu, daß es sich um eine wissenschaftliche Höchstausbeutung der menschlichen Arbeitskraft handelt, die auch durch das beste Lohnsystem nicht verdeckt werden kann. Gleichzeitig aber beweisen die Ausführungen des Obergeringieurs Weniger, daß auch das Lohnsystem mit der wissenschaftlichen Ausbeutung sehr eng verbunden ist, weil ja der Unternehmer und seine „wissenschaftlich tätigen Gehilfen“ den Lohn des Arbeiters ohne dessen Zustimmung ausstatten können. Die deutsche Arbeiterchaft ist nicht ohne Grund gegen diese wissenschaftliche Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, weiß sie doch ganz genau, daß selbst der stärkste und kräftigste Arbeiter nach einigen Jahren Taylor'scher Arbeitsweise infolge der intensiven Ausbeutung zusammenbrechen muß.

Durch das Caylor-System wird tatsächlich das Affordsystem zur Ordnung gebracht. Die Unternehmer brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn die Arbeiterchaft nach solchen Propaganda-Aussäßen für das Caylor-System, wie es die Arbeit des Obergeringieurs Weniger darstellt, der Einführung der Affordarbeit noch größeren Widerstand entgegenstellt. Nach fünf Kriegs- und Hungersjahren ist die Einführung der Taylor'schen Arbeitsweise für die deutsche Arbeiterchaft eine Zumutung, die jeder Menschlichkeit hohnspricht, die geradezu aufreißend auf die Gemüter verfallend wirkt. Die deutsche Arbeiterchaft wirkt nicht ohne Grund gegen diese wissenschaftliche Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, weiß sie doch ganz genau, daß selbst der stärkste und kräftigste Arbeiter nach einigen Jahren Taylor'scher Arbeitsweise infolge der intensiven Ausbeutung zusammenbrechen muß.

Das Caylor-System führt in seiner Wirkung zur Massenproduktion zur Erzeugung von Schundwaren und zur schamlosesten Schwazgulnarenz. Die Intelligenz der deutschen Arbeiter wird durch das Caylor-System vernichtet, weil der Arbeiter nicht mehr als denkender Mensch an der Wertarbeit oder an der Maschine steht, sondern weil er nur noch als Spezialhandwerker mechanisch eingedrückte Handgriffe ausübt. Der Vorzug der deutschen Arbeitskräfte und damit die in allen Staaten auch heute noch anerkannte Qualitätsarbeit der deutschen Industrie liegt darin, daß der deutsche Arbeiter als denkender Mensch mit Ueberlegung seine Tätigkeit verrichtet. Die deutsche Industrie sollte deshalb schon aus Selbsterhaltungstrieb auch in Zukunft ihr Augenmerk auf die Herstellung von Qualitätswaren legen und Schundzeugen ruhig den ausländischen Anhängern des Caylor-Systems überlassen.

Für die Einführung des Caylor-Systems in der Papiererzeugungsmethode brach in Nr. 70 der „Papier-Zeitung“, Jahrgang 1916, der Dr.-Ing. A. Nibeladel eine Lanze. Dabei mußte er selbst zugeben, daß das Caylor-System zu einem Antreiber-System schlimmster Art führt. Nibeladel berichtet über die Einführung des Caylor-Systems in einer amerikanischen Papierfabrik folgendes:

„Die Einführung einer derartigen Organisation läßt sich allerdings ohne Anwendung von Geld, Geist, Mühe und gutem Willen der Arbeiterchaft nicht erzielen. Daß sie aber auch Erfolge aufweisen wird, zeigt die Einführung des Caylor-Systems in der Labor Manufacturing Company, in der zwar 45 Arbeiter von 28 Beamten und Meistern geteilt werden, aber die Selbstkosten um ein Drittel gesunken sind.“

Drahtzieher könnten auch wir die Folgen des Caylor-Systems nicht schildern, wie es Nibeladel selbst tut. Bei einem derartig großen Maße von Antreibern würde die Produktion jeder wesentlich gesteigert werden, wenn dieselben produktiv tätig wären, statt ihr Gehirn bei der Ausfindung neuer Ausbeutungsmethoden zu vergebenden. Gegen eine bessere Spezialisierung der Arbeitsweise mit Hilfe der Technik, durch die

eine körperliche Entlastung der Arbeiter herbeigeführt und die Arbeitsweise erleichtert wird, hat die deutsche Arbeiterchaft keine Einwendungen zu erheben, wird sie im Gegenteil begrüßen. Der zahlreichsten Ausbeutung aber mit Hilfe der Schöpfer, des Kinematographen und sonstigen wissenschaftlichen Hilfsmitteln wird sie den stärksten Widerstand entgegensetzen, trotz Lenin, Weniger, Mühlbühl und Konsorten. Nicht die bedingungslose Ausbeutung der Arbeiter zugunsten der Kapitalistenklasse verlangt die deutsche Arbeiterchaft, sondern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht im Betriebe, um über ihr eigenes Schicksal selbst mitentscheiden zu können.

Capeten-Industrie

Die neuen Steuerzulagen.

Am 7. Januar fanden in Berlin im Bureau des Arbeitgeberverbandes der Papier- und Textilindustrie die Verhandlungen über die geforderte Steuerzulage für die Capetenindustrie statt. Die Arbeitgeber hatten bereits am Tage vorher zur Vorbereitung von 50 Prozent Zulage Stellung genommen und bestanden nun ihre Vorschläge auf unserer Kenntnis. Die Forderungen waren aber derart niedrig, daß es der Verhandlungskommission nicht möglich war, darauf einzugehen. Gleichzeitg beantragten die Arbeitgeber einige Änderungen des Tarifes. Unter Abzug A. Arbeitszeit soll folgender Satz gestrichen werden: Bei Arbeitsüberforderungen, die infolge Rohstoffmangels oder Betriebsstörungen, die nicht ihren Grund in Streiks oder Unruhen haben, erspäderlich werden, wird der Ausschall an Lohn seitens der Firma mit 50 Prozent vergrößert. Ebenso sei zu streichen der Absatz über Wochenlöhne: Wo bisher Wochenlöhne bezahlt worden sind, werden sie weiter bezahlt; dieselben müssen mindestens so hoch sein, wie die vereinbarten Stundenlöhne mal 48. Im letzten Fall sollten für alle Betriebe nur Stundenlöhne maßgebend sein. Die Vertreter der Arbeiterchaft lehnten jegliche Verschlechterung des bestehenden Tarifvertrages rundweg ab. Sie forderten lediglich die Bewilligung der Steuerzulagen in angemessener Höhe. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es, die unten bezeichneten Zulagen auf die bestehenden Lohnsätze zu erreichen. Für diejenigen Betriebe, in denen bisher nur der durchschnittliche Lohn gezahlt wurde, bringen wir eine Uebersicht über die gemäß dem Abkommen vom 7. Januar 1920 zu zahlenden Löhne. Einen einseitlich hohen Prozentsatz der Zulage konnten wir nicht erreichen, weil in sehr vielen Betrieben die Arbeiterchaft bereits über die Mindesthöhe des Tarifvertrages entlohnt wird und in mehreren Fabriken einmalige Steuerzulagen bzw. Beschäftigungsbeihilfen gezahlt waren.

Einige der Arbeitgeber verweigerten entschieden den einseitlich hohen Prozentsatz der Zulagen. Obgleich konnten wir eine Verletzung verschiedener Betriebe in eine höhere Dreiklasse nicht durchsetzen. Dies muß einer Neuordnung des Tarifvertrages vorbehalten bleiben. Die jetzt erreichten Zugeständnisse sollen auf die bestehenden Löhne bezogen werden und haben Gültigkeit bis zum 31. März d. J. Mit der Gewährung der neuen Lohnzulagen findet gleichzeitig die Entschliefung des Generalverbandes der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 24. Dezember 1919 ihre Erfüllung. Sollen bis zum 31. März 1920 die Preise für Lebensmittel und alle anderen Bedarfsartikel sprunghaft steigen, und infolgedessen das Reichsminimum für den Generalarbeitsgemeinschaft veranlaßt werden, weitere Lohnhöhungen zu fordern, so können Verhandlungen stattfinden, jedoch nur zwischen den Zentralvorständen der vertragsschließenden Verbände. Jede lokale Verhandlung wird ausgeschlossen. Die neuen Löhne sind einmalig fällig für die Lohnhöhe des 7. Januar. Ferner soll unter Verband verpflichtet sein, daß bis zum 31. März 1920 keinerlei Forderungen irgendwelcher Art unter Androhung oder Durchführung von Zwangsmitteln in irgendwelcher Form erhoben werden. Es soll damit erreicht werden, daß es nicht zu unartigen Arbeitseinstellungen kommt, sondern wenn es den gegebenen Verhältnissen erforderlich, können zentrale Verhandlungen stattfinden. Damit wird dem Gedanken des Tarifvertrages wesentlich Rechnung getragen. Wenn uns auch nicht immer alle Wünsche reiflos erfüllt werden, so ist doch eins zu bedenken, daß durch den Reichsminimumvertrag, entgegengegesetzten Ordnung in die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Capetenindustrie gekommen ist, an deren Fortentwicklung jeder einzelne in der Branche mitarbeiten muß. Wenn man bedenkt, daß zu Anfang des Jahres 1919 die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Capetenindustrie noch sehr im Argen lagen, daß z. B. Löhne von 27 bis 33 M. pro Woche noch in einzelnen Betrieben bezahlt wurden und daß nur in den fortgeschrittensten Betrieben, in denen es die Arbeiterchaft immer verstanden habe, ihre Interessen in wichtiger Weise wahrzunehmen, so ist es zweifellos ein Fortschritt, der durch den Reichsminimumvertrag zu verzeichnen ist, daß die Löhne heute allgemein auf eine Höhe gebracht sind, die es ermöglichen, daß die Capetenindustrie den bestmöglichen Ansprüchen an das Leben genügen kann. Wir erwarten daher, daß uns die gesamte Arbeiterchaft die Zustimmung zu den gegebenen Verhandlungen nicht verweigert wird. Wir werden auch in Zukunft die berechtigten Interessen und Forderungen der Capetenindustrie jederzeit würdig vertreten.

Vereinbarte Steuerzulagen in der Capetenindustrie (7. Januar 1920).

Arbeitergruppen	Lohnklasse I		Lohnklasse II		Lohnklasse III		Lohnklasse IV	
	pro Stde.	pro Woche	pro Stde.	pro Woche	pro Stde.	pro Woche	pro Stde.	pro Woche
Sämtliche Druck-Grundruder, Handruder, Lackierer, Farbmittler, Delldrucker, Präger, selbständige Fuder	5	28,80	5	24,—	4	19,20	3	14,40
Gilfsarbeiter über 21 Jahre alt	5	24,—	4	19,20	3	14,40	3	14,40
von 17—21 Jahr.	3	14,40	2	9,60	1,5	7,20	1,5	7,20
unter 17 Jahren	2	9,60	1,5	7,20	1	4,80	1	4,80
Arbeiterinnen über 21 Jahre	1,5	7,20	1,5	7,20	1,5	7,20	1,5	7,20
von 17—21 Jahr.	1	4,80	1	4,80	1	4,80	1	4,80

Lohnmäßige Stundenlöhne, einschließlich der gewährten Steuerzulagen.

Arbeitergruppen	Lohnklasse I	Lohnklasse II	Lohnklasse III	Lohnklasse IV
	pro Stde.	pro Stde.	pro Stde.	pro Stde.
Drucker an Maschinen bis 4 Farben	2,70	2,45	2,00	1,80
6 bis 8 Farben	3,05	2,80	2,35	1,90
über 8 Farben	3,25	3,00	2,60	2,15
Grundruder	2,70	2,45	2,00	1,80
Farbmittler	3,05	2,80	2,35	1,90
Selbständige Fuder	2,70	2,45	2,00	1,80
Handruder	2,65	2,40	1,95	1,75
Gilfsarbeiter unter 17 Jahren	1,30	1,05	0,90	0,80
von 17—21 Jahr.	1,80	1,50	1,35	1,15
über 21 Jahre	2,30	2,00	1,80	1,60
Arbeiterinnen unter 17 Jahren	0,90	0,80	0,70	0,60
von 17—21 Jahr.	1,20	1,10	0,95	0,80
über 21 Jahre	1,60	1,50	1,40	1,35

Keramische Industrie

Der Reichstarif für die Ziegel-Industrie gescheitert.

Im August des verflossenen Jahres reichten wir den Entwurf eines Reichsarbeitsvertrages für die Ziegelindustrie ein. Der Mangel an einer das gesamte Reich umfassenden Zentralorganisation der Ziegelleisler verzögerte die Verhandlungen. Erst im Dezember war es möglich, in Verhandlungen einzutreten, die in Berlin stattfanden. Nachdem Herr Ziegelleisler Schünhoff (Hannover) schon im Oktober den Ziegelleislern empfahl den im Entwurf enthaltenen Forderungen ein „glattes Nein entgegenzusetzen“, haben wir großes Entgegenkommen bei den Verhandlungen nicht erwartet. Wir täuschen uns dabei nicht. Die Verhandlungen scheiterten schon bei der Beratung der ersten Position, an der Arbeitszeit. Dem Verlangen der Arbeiter nach der achtstündigen Arbeitszeit wurde tatsächlich ein glattes Nein entgegengebracht, obwohl in verschiedenen Bezirken des Reiches, so in Sachsen, Bayern usw., schon in der verflossenen Kampagne die Achtstundenschicht durchgeführt war. Die Ziegelleisler wittern offenbar Morgenluft. Sie glauben den Ziegelleisler in diesem Jahre wieder etwas mehr bieten zu können. Hoffentlich zeigt ihnen die Arbeiterchaft gleich zu Beginn der Kampagne, daß die Herrschaften auf dem Holzwege sind.

Die Ziegelleisler verlangen für die Monate Januar, Februar, November und Dezember eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden, für März und Oktober 53 Stunden und vom 1. April bis 30. September 58 Stunden. Es wäre dies für alle Ziegelleisler, für die schon die achtstündige Arbeitszeit eingeführt war, eine Verschlechterung. Denn auch die Vertreter von Sachsen und Bayern erklärten mit dem Achtehntendigt nicht auskommen zu können. Eine weitere Verschlechterung wäre die Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit anstatt der täglichen. Es wäre ganz der Betriebsleitung anheimgestellt, an einzelnen Tagen die Arbeitszeit auf 12 und mehr Stunden auszuweihen, ohne den Ueberstundenzuschlag zahlen zu müssen. Für die Brenner beanspruchen die Ziegelleisler sogar eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden. Also auch hier eine Verschlechterung, und zwar eine hahnreißende. Denn gerade für die Brenner ist die Durchführung der Achtstundenschicht am leichtesten möglich und war auch in der verflossenen Kampagne fast reiflos erfolgt. Schon daraus ergibt sich, daß die ablehnende Haltung der Ziegelleisler nicht allein den technischen Schwierigkeiten im Betriebe entspringt.

Diese Schwierigkeiten bestehen in dem Mißverhältnis zwischen Pressendetrieb und Ofenbetrieb. Im vorigen Jahr haben wir diesen Schwierigkeiten Rechnung getragen und der zehnstündigen Arbeitszeit zugestimmt. Damit war den Ziegelleislern eine Frist gegeben, ihren Betrieb umzustellen. Haben sie diese Frist nicht benutzt, mögen sie nun selbst die Folgen tragen. Schließlich findet auch die Langmut der Ziegelleisler ihre Grenze. Was ihnen alles zugemutet wird, hat ein Vertreter der Ziegelleisler aus Ludwigs-hafen verraten. Er meinte, die Ziegelleisler müßten länger arbeiten, schon um die Balance zu heben. Der Vertreter von Hannover verlangte das gleiche zur Hebung der Wohnungsnote. Dabei hatten die Herren die Wohnkosten ganz vergessen. Was nützt die längere Arbeitszeit, ohne die dazu nötigen Kohlen? Sie verkürzt den Arbeitern nur die Kampagne. Wir wollen aber eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und eine Ausdehnung der Kampagne. Für die achtstündige Arbeitszeit in allen Betrieben ausreichend Kohlen, das ist unsere Forderung. Die Ziegelleisler aber verlangen für die meisten Kohlen, mit denen wiederum nur ein Teil der Betriebe beliefert wird, ein noch längere Arbeitszeit.

Daß der Widerstand der Ziegelleisler teilweise auch auf das Verhalten der Arbeiter zurückzuführen ist, haben die Verhandlungen ergeben. So berichtete Herr Ziegelleisler Damölher (Braunschweig), daß die Lipper und Eichsfelder freiwillig von morgens bis abends in der verflossenen Kampagne gearbeitet hätten. Besonders die Mitglieder des lippischen christlichen Gewerksvereins hätten sich nach der zehnstündigen Arbeitszeit förmlich gedrängt. Ein Ziegelleisler aus Herzfelde berichtete, die Ziegelleisler hätten zu Beginn der Kampagne um den Achtehntendigt gestreift, und nach dem Streik seien ihnen 10 Stunden zu wenig gewesen. Daß die Arbeiter mit diesem Verhalten ihren eigenen Fortschritt verhindern, kommt ihnen wohl selten zum Bewußtsein. Bedauerlich ist dabei nur, daß sie auch ihren vorwärtstrebenden Arbeitsbrüdern die Bahn verstopfen.

Recht groß war auch die Sorge der Ziegelleisler um die Wanderarbeiter. Diese mühten mit der vielen freien Zeit nichts anzufangen, sie hätten zu viel Zeit zum Geldausgeben uhm. Eigentlich, daß man diese Sorge immer nur für die Arbeiter begt. Man sollte sie doch billigerweise auch einmal auf die berufsmäßigen Maßigigänger der oberen Gesellschaftsschicht ausdehnen. Wenn man aber um die Wanderarbeiter schon so besorgt ist, dann stelle man ihnen Ackerland zur Verfügung, damit sie in ihrer freien Zeit durch Anbau von Kartoffeln und Gemüse ihre targe Maßigkeit etwas ergänden und verbilligen können. Es ist das jedenfalls eine billige Forderung, ganz besonders unter Berücksichtigung der noch verhältnismäßig niedrigen Löhne in der Ziegelindustrie. Ackerland ist so ziemlich bei allen Ziegelleisern vorhanden.

Nachdem die Verhandlungen eine Einigung nicht ergaben, wurden diese resultatlos abgebrochen. Es wird nun unsere Aufgabe sein, durch gezielte Verhandlungen unsere Forderungen durchzusetzen. Ob diese Durchsetzung gelingt, hängt von der Haltung der Ziegelleisler ab. Befunden diese einmütig ihr Festhalten am Achtehntendigt, dann wird er ihnen nicht vorenthalten werden können. Dabei werden sie jedoch beachten müssen, daß, um einen einmütigen Willen durchzusetzen, auch eine einheitliche Organisation notwendig ist.

Leopoldsthal i. Lippe. Im nahen Holzhamen fand kürzlich eine Zieglerversammlung statt, die von dem jüngeren Geschäftsführer der Ziegler in Lippe, dem jetzigen Anführer des christl. Fabrik- und Transportarbeiterverbandes, einberufen war. Ein Herr Potthoff referierte. Er meinte, keine Organisation sei die einzige Zieglerorganisation. Es wurde ihm aber von unseren Kollegen bedauert, daß keine Organisation überhaupt keine Zieglerorganisation bestehen könne. Daß die Ziegler in diesem christlichen Sammelverband eine noch erdemlicher Stelle spielen als in dem früheren samt entschlossenen Gewerksverein. Weiter meinte der gute Mann in Christo, der Verband der Ziegelleisler treibe für den Achtehntendigt. Hat denn dieser Mann vergessen, daß der Verband der Fabrikarbeiter schon für den Achtehntendigt der Ziegelleisler eintritt, als er und sein Verein sich dem bewußten, daß die Ziegelleisler mit einer längeren Arbeitszeit als der achtstündigen nicht übereinstimmen? Hat er auch vergessen, daß in verflossenen Jahre der

lippische „Vollbeauftrage“ Dielemer den Ziegelleislern den Achtstundentag aufgezeigt, bevor die Verhandlungen in Berlin stattfanden hatten? Weß der gute Mann auch nicht, daß der Reichstarif an dem Achtehntendigt gescheitert ist, an dem wir festhielten? Muß der ein schwaches Gedächtnis haben. Er sollte doch gute Anlagen für eine ausgeprägte Wahrheitsliebe haben? Bei den Christen ist aber alles möglich. Ferner erzählte Herr Potthoff, an der Spitze der christlichen Zieglerorganisation ständen nur Fachziegler. Kollege Krauß sagte ihm darauf mit Recht, ob denn B a f i o r e und F u r t z e i t e auch F a c h z i e g l e r seien. Außerdem soll Herr Potthoff auch mit Maßigkeit gewesen sein. So sehen die Fachziegler aus! Die Fachziegler, die vor dem Kriege bestanden, für die Ziegelleisler sei der Streit Unnützlich, weil sie im Sommer arbeiten müßten, um im Winter etwas zum Leben zu haben; das sind die christlichen Fachziegler aus Lippe.arme Arbeiter, die sich von solchen Leuten einseitig lassen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die deutschen Gewerkschaften Ende 1919.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“ gibt in seinem Jahresrückblick über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluß:

Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Winteraufstieg, und am Jahreschluss erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine kirmische. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifelloch können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angehörige für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maße organisationsreif, als sich das Wirtschaftsleben wieder erpakt. Auch die Millionen Teilnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebente Million von Mitgliedern hinzugefügt. Auch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn es auch langsamer vorwärts geht als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählen 12 über 100 000 Mitglieder, sie beteiligen mit insgesamt 5,91 Millionen etwa 82 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Zehn weitere Verbände zählen über 50 000 bis 90 000 Mitglieder. Mit 710 000 Mitgliedern umfassen sie etwa 10 Prozent der Gesamtzahl. Die restlichen 500 000 Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen je 10 000 und 48 000 und 13 weniger als je 10 000 Mitglieder zählen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altwasser. Die am 4. Januar im Ferdinandshof in Ober-Walden-burg abgehaltene Generalsammlung der hiesigen Zahlstelle erfreute sich einer regen Beteiligung. Zu Punkt I erstattete Kollege Henke den Jahresbericht vom 4. Quartal 1919. Der Einnahme der Hauptklasse von 1434,65 M. stand eine Ausgabe von 348,78 M. gegenüber, so daß ein Betrag von 1085,87 M. der Hauptklasse gefandt werden konnte. Die Vollklasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 633,48 M. Bestand fürs nächste Quartal 239,61 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Quartals 110 Kollegen und 100 Kolleginnen, zusammen 210 Mitglieder. Hierauf erstattete Kollege Gippe den Vorstandsbericht, aus dem sich ergibt, daß wir ein arbeits- und erfolgreiches Jahr hinter uns haben. Insbesondere die Lohnregulierung durch den Verband haben schwierige Arbeit erfordert. Hierauf wurde fast die ganze Ordisverwaltung wieder gewählt. Zur Annahme gelangte ein Antrag, den Vollbeitrag zu erhöhen für männliche Mitglieder auf 20 Pf., für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. pro Woche. Sofort kritisiert wurde der Vertriebsdruck der Kollegin Wieland in der Ziegler Ober-Waldenburg. Sie hatte von ihren Kolleginnen die Mitgliedsarten eingesammelt und an den christlichen Verband abgeliefert. Eine Umordnung der Mitglieder bei uns ist nicht erfolgt. Kollege Gippe schloß mit einem Appell an die Mitglieder, dem Verbands, dem sie so vieles zu danken haben, die Treue zu walten.

Wangen. Zum Weihnachtsfest ordnete das Reichsamt für den Bereich der Pulverfabrik Grabschütz an und brachte es fertig, der 280 Arbeiter und Arbeiterinnen zählenden Belegschaft die Kündigung als Weihnachtsgeschenk zu überreichen. Von Gefühlsduselei merkt man da nichts, der Industriearbeiter würde kaum so herlos gehandelt haben, wie es hier geschehen ist. Angeblüh im Interesse des Staatsbedarfs erfolgte die Schließung. Doch wie steht denn der durch die Schließung entlassene Mensch da? In dem auf Anregung der Arbeiterchaft erschlossenen Steinbruch hatten etwa 60 Mann noch längere Zeit Arbeit für noch zu erledigende Aufträge. Inzwischen sind hier nicht oder nur in ganz geringem Maße erforderlich und nur infolge der unangemessenen Betriebsführung durch die Direktion. Die Leute sind aber nun auf die Erwerblosenunterstützung angewiesen und der Staat muß schließlich wegen nicht erfüllter Forderung Konventionalstrafe bezahlen. Koch traufte liegen die Dinge mit der Glasbearbeitung im Gewerkschaft C I und C 2. Glas im Werte von 25 000—30 000 M. liegt auf den Bejen zur Verfügung und ist nun dem völligen Verderben ausgeliefert, das Ende vom Liede dürfte sein, daß das Reich der Firma den Flachs bezahlen muß. Also ein vom Volke so notwendig gebrauchter Rohstoff kann ruhig verderben und den bisher mit teurer Verarbeitung Beschäftigten zahlst man Erwerblosenunterstützung. Uebrigens liegen die Dinge bei der Düngemittelfabrikation, die vorhandenen Ammoniakpulverkörper werden nicht weiter verwahrt, sondern bleiben liegen, am schließlich von der Entriebe nach der Ratifikation des Friedensvertrages beschlagnahmt und fortgeführt zu werden. Die jährliche Landwirtschaft aber, welche nach guten Düngemitteln förmlich hungert, hat dabei das Nachsehen; und die Arbeiter werden vom Reich unterstützt. Arbeiter-Ausschuß und Direktion der Pulverfabrik Grabschütz hatten zwecks Beteiligung des teilsweise vorhandenen Arbeitsmangels eine Erziehung der Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche seit Anfang Dezember 1919 durchgeführt, sowie fortgesetzt Arbeitskräfte anderen Unternehmungen zugeführt. Ein Urteil, ob das Reich durch die Schließung oder Fortführung des Betriebes bis zum endgültigen Verkauf an eine Privatfirma sich besser gefanden hätte, mögen die Leser selbst fällen. Ebenso fleißmühtlich ist die Behandlung der Arbeiterchaft durch den Staat in punkto Beschäftigungsbeihilfe. Während die Beamten und Angehörigen beide Teile der Beschäftigungsbeihilfe erhielten, wurde die bereits vom Reichswehrministerium auch für Lohnempfänger genehmigte Beschäftigungsbeihilfe für die technischen Sachjens gestoppt. Die in Depots und Velleidungsanstalten nach gleichem Tarife entlohnten Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten inzwischen ebenfalls die Beschäftigungsbeihilfe. Es ist einfach unverständlich, wie man einer im gleichen Lohnverhältnis lebenden Kategorie die Beschäftigungsbeihilfe zahlt und der anderen nicht. Mit solchen Methoden erzielt man die Arbeiterchaft zu allem, nur nicht zur Regierungsfreundlichkeit, und das dürfte sich später bitter rächen.

Kathow. Am 29. Dezember 1919 hielt die Zahlstelle ihre Jahresversammlung ab, die außergewöhnlich gut besucht war. Zuerst gab der Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung. Dann wurde die Kennzahl der Verwaltung erledigt. Sämtliche Verwaltungsmitglieder wurden wiedergewählt, ein Zeichen, daß die Kollegen mit der Arbeit der Verwaltung zufrieden waren. Eine sehr lebhafto Debatte entspann sich noch im Punkt „Beschäftigung“ über die Kollegen in den Dienststellen, welche bis jetzt unserem Verband angehöri haben. Gauleiter und Hauptvorstand gaben der Verwaltung auf, die betreffenden Kollegen zu überzeugen, daß sie zu ihrem zuständigen Verband, dem der Köpfer, über-treten möchten. Der Vorsitzende empfahl ihren Uebertritt, was die Kollegen aber nicht vertehen konnten; sie können auch zu keinem endgültigen Entschluß kommen. Außerdem erwähnte der Schriftführer die Kollegen, welche noch in Betrieben beschäftigt sind und ihre eigene Betriebskrankenkasse haben, bei etwaigen Bestimmungen über Betriebskrankenkassen oder Beschäftigungsbeihilfe die Aufmerksamkeit der Kollegen auf den Beitritt zu unserem Verband zu ziehen. Ferner wurden die Kollegen gebeten, sich an den nachts begehren nach den Verträgen über wissenschaftlichen Sozialismus rege zu beteiligen. Mit einem Appell, die Versammlungen immer rege zu be-suchen, schloß der Vorsitzende.

